

DIE GRÜNE MAMBA

Zeitung von B90/DIE GRÜNEN in München • Nachrichten aus Fraktion und Partei
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

LINUX FÜR MÜNCHEN

Warum der Stadtrat sich gegen Microsoft entschied

Die Entscheidung zwischen Microsoft und Open-Source-Systemen ist ein Thema, bei dem offenbar jedermann Bescheid weiß. Ganz wie beim Fußball, wo jeder der bessere Bundestrainer ist, oder beim Verkehr, wo ein Verkehrsplaner sich bei jeder Bürgerversammlung wie unter 100 Kollegen vorkommen muss.

Dabei ging es im Münchner Stadtrat nicht einfach um zwei Betriebssysteme, sondern um grundsätzliche Fragen: um Monopol oder Demokratie, um reich oder arm. Das Thema bewegt und polarisiert. Die Internetforen in den letzten Tagen vor der Entscheidung sprachen eine deutliche Sprache: Agenda 2010 - 100 Beiträge, Linux in München - 1000 Einträge. Dutzende von

Mails aus ganz Deutschland haben die Grüne Fraktion im Vorfeld der entscheidenden Stadtratssitzung erreicht und viele Menschen haben uns danach zur Entscheidung für Linux gratuliert.

Die Zugriffsraten auf unsere Website explodierten förmlich in den Tagen, in denen die Entscheidung fiel.

Dabei sind beide Systeme auf den ersten Blick nahezu gleichwertig. Windows ist nicht schlechter und Linux ist nicht besser. Die Grünen sind in den letzten Wochen sehr vorsichtig und offen mit dieser Entscheidung umgegangen. Nach der ersten Reaktion – einem „Hurra, der Monopolist verliert, David gewinnt gegen Goliath“ – wuchs die Skepsis, als die städtischen Referate ihre Bedenken vortrugen. Denn die 16.000 MitarbeiterInnen, die nun mit diesem System arbeiten werden, mussten im Mittelpunkt dieser Diskussion stehen.

Erste Entscheidungsgrundlage für die Stadträte war die Studie der Firma Unilog. Sie empfahl Linux - nach einem Punktesystem lag die Open Source-Lösung sogar weit vorne. Dann flog Microsoft-Chef Steve Ballmer höchst-



Bald keine seltene Spezies mehr in München: Tux, der Linux-Pinguin

persönlich aus dem Ski-Urlaub nach München ein, um sein Angebot nachzubessern. „What else can you offer?“ soll OB Ude ihn immer wieder gefragt haben, bis das Microsoft-Angebot rein finanziell betrachtet das deutlich günstigere war. Die Gutachter von Unilog empfahlen nun, auf Windows XP zu migrieren.

Doch das hatte zur Folge, dass auch SuSe/IBM noch einmal nachlegte. Zwar lag auch die neue Linux-Offerte noch um ca. 3,2 Mio Euro über dem Microsoft-Angebot, doch in der Ge-

Was drin ist

Seite

„Illegale“ in München	3
Reise nach Harare	5
Krankenhausreform	7
Mobilfunkpolitik	9
Toleranz- Märchen	11
2 Bürgerbegehren	12

sambetrachtung - also unter Einbeziehung qualitativ-strategischer Kriterien kam es nun in der Wirtschaftlichkeitsberechnung zu einem Gleichstand.

Ein unmoralisches Angebot

Der zuständige Stadtratsausschuss beschloss dann am 21. Mai, keine weiteren Angebote mehr anzunehmen, um auf einer gesicherten und nachvollziehbaren Grundlage entscheiden zu können. Das einen Tag vor der entscheidenden Stadtratssitzung von Microsoft unterbreitete nochmals um 7 Millionen Euro günstigere Angebot wurde daher nicht mehr berücksichtigt. 7 Millionen sind für eine klamme Kommune eine Menge Geld, doch eine strategische, weit in die Zukunft reichende Entscheidung sollte man nicht wie bei einer Versteigerung in letzter Sekunde für den meist Bietenden treffen.

Ein System für Tüftler?

Ob Linux gut genug ist für eine Stadtverwaltung wie München, ob hier nicht ein Tüftler-System angeboten wird, ob das System auch für Laien bedienbar ist, diese Fragen waren von zentraler Wichtigkeit. Und sowohl die Grünen als auch die SPD wurden sich immer sicherer im Laufe der Zeit: Linux ist gut, ein ausgereiftes System mit allen Features, einfach erlernbar, Windows-like, Word- und Excel-kompatibel.

Offene Quellcodes

Oft ist im Zusammenhang mit Windows von Sicherheitsproblemen die Rede. Natürlich liegt das auch daran, dass fast jeder Windows benutzt - wer schreibt schon Würmer für eine kleine Minderheit? Aber durch die Offenlegung des Quellcodes bei Linux kann die Stadt sich selbst ein System zusammensetzen, dass sich weder selbstständig bei dritten einwählt, noch Informationen an irgendwelche Hersteller schickt. Man kann unerwünschte Funktionen weglassen und durch Quellcode-Änderungen auf die aktuelle Sicherheitslage reagieren. Außerdem kann man sicher sein, dass die Linux-Clients idealerweise mit

dem städtischen Server-System zusammenarbeiten und hier keine Lücken entstehen werden.

Markt oder Monopol

Monopolisten behindern Innovationen. Microsoft beherrscht den Markt für Textverarbeitungs- und Tabellenkalkulations-Programme mit einem Anteil von 90 Prozent. Wer digital mit anderen zusammenarbeiten will, ist fast dazu gezwungen, sich jeweils die neueste Version der Microsoft Software zu beschaffen - und dazu die Hardware, die leistungsfähig genug ist, um die immer komplexer werdenden Programme nutzen zu können. Derartige Monopole behindern Innovationen. Sie treiben die Preise für die Verbraucher in die Höhe und sichern überhöhte Gewinne.

Linux ist eine Lösung des Wettbewerbsproblems: Open Source ermöglicht es, Wettbewerb und Kommunikationsfähigkeit unterschiedlicher Software-Lösungen sicherzustellen. Wettbewerb tut hier auch dem Endverbraucher gut.

Kostenvorteile

Der Preiskrieg in den letzten Tagen vor der Entscheidung bewies vor allem eines: es war noch Luft drin. Die Überlegungen von Rot-Grün zielten jedoch vor allem auf eine etwas langfristige Betrachtung: was ist in 5 Jahren, was ist in 10 Jahren? Windows 2010 wieder für 30 Millionen Euro? Kann man dann nicht davon ausgehen, dass eine Open-Source-Lösung, dann allemal billiger kommt?

Die Grünen sind davon überzeugt, dass trotz des beachtlichen Preisnachlasses von Microsoft in letzter Minute die Entscheidung für Linux mittel - und langfristig kostengünstiger ist. Fachanwendungen und Makroumstellungen kosten jetzt Geld, doch weitere Migrationen werden mit Open-Source-Software fließend geschehen, im besten Falle ist die Stadt immer up-to-date. Ganz anders bei Microsoft: 2008 wird die nächste Migration notwendig, wieder mit dem bekannten Gefeiße, wieder 30 Millionen weg. Und in drei Jahren hat die Stadt wieder ein völlig

veraltetes System. Für einen Arbeitgeber in dieser Größe ist eine große Migration deutlich mehr Aufwand als eine ständige Anpassung.

IT-Standort und Arbeitsplätze

Mit der Entscheidung für Linux hat der Stadtrat den IT-Standort München gestärkt. Es ist zwar im Moment nicht zu belegen, aber eine plausible Annahme, dass städtische Aufträge Arbeitsplätze auf Dauer sichern, und verstärkt Fachanwendungen für dieses System entstehen werden. Dagegen wären mit einer Entscheidung für Microsoft in Unterschleißheim auch nicht mehr Arbeitsplätze im Vertrieb entstanden.

Der Bock als Gärtner

Dass Microsoft der Stadt dann in einer Pressemitteilung unfairen Wettbewerb vorwarf, weil in München auch die Angebote der Konkurrenz geprüft wurden, ist pure Heuchelei. Ausgerechnet Microsoft wirft anderen unfairen Wettbewerb vor - die Firma, die in den USA genau deswegen fast gevierteilt wurde. Ausgerechnet die Firma, die sich Gerüchten nach eine 160 Millionen Dollar schwere Anti-Linux-Kriegskasse zugelegt hat, aus der wohl auch Dumping-Angebote wie das an München finanziert werden. Übrigens ist es nicht einmal sicher, dass diese Praktiken nicht gegen geltendes Wettbewerbsrecht verstoßen - hier versucht der Bock, sich als Gärtner zu verkleiden.

Für die Linux-Firmen und das Amt für Datenverarbeitung steht jetzt eine große Aufgabe bevor: nicht nur der Stadtrat wird genau beobachten, wie die Umsetzung läuft. Doch vor allem die städtischen Mitarbeiter müssen überzeugt werden - mit einem weit besseren System als Windows es je war und sein wird.

Jens Mühlhaus

Liebe Leserinnen und Leser,

nur selten kommt die Grüne Stadtratsfraktion in den Genuss der Aufmerksamkeit überregionaler, ja selbst internationaler Medien. Und noch seltener wird uns Rathaus-Grünen derart geballte Zustimmung zuteil wie in den Tagen der Entscheidung für Open-Source-Systeme in der Münchner Stadtverwaltung.

Es hat sich wohl so einiges an Gefühlen aufgestaut gegen Microsoft und seine clevere - wohl ein wenig zu clevere - Geschäftspolitik. Die Dominanz von Bill Gates und seinen Erben wird gerade von vielen, die ihr Geld am und mit dem Computer verdienen, als schwere Bedrückung empfunden.

Schon im Vorfeld wurden wir mit E-Mails überschwemmt, die uns immer wieder die OSS-Lösung nahe legten und uns geradezu anflehten, nicht „einzuknicken.“ Und die zahlreichen Gratulationen nach der Entscheidung (selbst aus den USA gratulierte uns ein IT-Experte) hatten etwas Euphorisches - endlich eine Bresche in der monopolartigen Stellung von Microsoft, darauf haben offenbar viele gewartet.

Auffällig war dabei, wie häufig eine Parallele von den aggressiven Strategien von Microsoft zur Außenpolitik der gegenwärtigen US-Regierung gezogen wurde. „Wer gegen den Irak Krieg war und ist, ist auch gegen Microsoft“ - so brachte eine Zuschrift die Sache auf den Punkt. In dieser etwas simplen Herangehensweise wird Microsoft zum Symbol rücksichtslosen amerikanischen Hegemonialstrebens und der Münchner Stadtrat zum verlängerten Arm der Friedensbewegung.

Das ist dann doch zuviel der Ehre. Es sind zum allergrößten Teil finanzpolitische Motive, die zum Linux-Beschluss geführt haben. Abgesehen davon hat Microsoft in den USA auch Probleme mit dem Kartellrecht und IBM ist ebenfalls ein amerikanisches Unternehmen. Plumpen Anti-Amerikanismus kann sich der Stadtrat nicht leisten - selbst wenn mal wieder mehr Geld in der Kasse sein sollte.

M. Viellvoye

„ILLEGALE“ IN MÜNCHEN

Tausende leben ohne gültige Papiere

„Die Frage ist längst nicht mehr, ob Einwanderung ja oder nein. Sie heißt längst, ob legal oder illegal.“

(Hermann Uihlein.: „Menschen in Illegalität als Aufgabe der Sozialarbeit“)

In Deutschland gibt es immer mehr Menschen ohne gültige Papiere. Dabei spielt die faktische Einengung von Zugangsmöglichkeiten für nicht EU-Bürger/innen im letzten Jahrzehnt, einer Zeit erhöhter transnationaler Migration, ob als Arbeitsmigrant (u.a. Anwerbestopp, restriktive Auslegung der Familienzusammenführung) oder als Flüchtling (Asylkompromiss von 1993), eine große Rolle. Spätestens seit der Studie „Illegal in Deutschland“ von Jörg Alt, die Leipzig als Forschungsschwerpunkt hatte, gibt es fundierte empirische Daten über die Existenz von Migranten ohne gültige Papiere in Deutschland. Im Laufe der Diskussion über die sogenannten Illegalen wurde deutlich, dass auch aus einer westdeutschen Großstadt mehr Information über die Lebenssituation und sozialen Probleme von Migranten ohne Aufenthaltsstatus gebraucht werden. Aufgrund seiner Größe, geographischen Lage und wirtschaftlichen Bedeutung war München für eine solche empirische Studie sehr gut geeignet und im März 2001 beschloss der Stadtrat auf Initiative von Siegfried Benker die Studie „Illegale in München“ in Auftrag zu geben.

Eine kaum erforschte Spezies

Beauftragt wurde der britische Soziologe Philipp Anderson, der bereits in Großbritannien über das Thema geforscht hat. Das Konzept dieser Studie beruhte auf möglichst vielseitigen Kontakten, um die sozialen Probleme von Menschen ohne gesicherten Aufenthalt aus unterschiedlicher Perspektive behandeln zu können. Dies bedeutete Gespräche mit Vertretern der kom-

munalen Ämter und freien Träger, mit Mitarbeitern aus Flüchtlingsinitiativen, Selbsthilfegruppen der Migranten und sozialen Beratungsdiensten, mit Rechtsanwälten, Medizinerinnen und Therapeuten, Vertretern der Gewerkschaften und Ordnungsbehörden, der Politik, Solidaritätsgruppen und auch mit engagierten Einzelpersonen.

Eine solche Untersuchung lebt außerdem vom „Schneeballprinzip“, d.h. man erhält Hinweise über mögliche Gesprächspartner, die zu einem bestimmten Thema Auskunft geben können und verfolgt oft Nebenstraßen durch die Forschungslandschaft. Kontakte verschiedener Art dienen aber auch dem Zweck, Zugang zu Betroffenen zu bekommen, d.h. Menschen, die in der Illegalität leben oder gelebt haben.

Der Stadtratsbeschluss hat die Aufgabenstellung dieser Untersuchung eindeutig benannt: Es geht um die menschenrechtlichen Probleme dieser Personengruppe im Hinblick auf den sozialen Auftrag der Kommune. Um die Studie zu ermöglichen, wurde allen Gesprächspartnern grundsätzlich Anonymität bei der Erhebung der Daten zugesichert, damit überhaupt eine Grundlage für vertrauliche Gespräche geschaffen werden konnte.

Wie entsteht Illegalität?

Es gibt Migranten aus einer ganzen Reihe von Ländern (z.B. aus Asien oder Afrika), für die materielle Bedürftigkeit ein ganz wesentlicher Antrieb für die Auswanderungsentscheidung ist. Sie wollen ökonomischem und sozialem Chaos - fast immer mit einer politischen Unterdrückung gepaart - entfliehen und für sich und ihre Angehörigen durch Geldverdienen in der Fremde eine Perspektive aufbauen. Aber auch Flucht und Verfolgung sind als Motivation für die Einreise - und irgendwann für den illegalen Aufenthalt im Rahmen der Untersuchung genannt worden.

Manchmal spielen auch persönliche (Ver-) Bindungen zu Menschen in Deutschland eine entscheidende Rolle für die Einreise und den (meist späteren) illegalen Aufenthalt.

Schwer zu zählen...

Angesichts der besonderen Schwierigkeiten des Untersuchungsfeldes bestand nicht der Anspruch, präzise Zahlen zu den in München wohnenden Menschen ohne gültige Papiere zu ermitteln.

Die objektiven Schwierigkeiten sind auch erheblich: Letzten Endes ist diese Bevölkerungsgruppe klein, schwer zu lokalisieren und sie hat eine Menge Anreize, bewusst falsche oder irreführende Aussagen zu machen. Vor diesem Hintergrund scheiden viele in der Regel verwendete empirische Zugänge in der Datenerhebung aus. Es ist das primäre Interesse eines sich illegal aufhaltenden Menschen, diese Realität zu verschleiern, da sie einen Straftatbestand darstellt. Deswegen tauchen sie weder in Telefonbüchern oder Melderegistern auf, noch geben sie diese Tatsache bei Befragungen preis.

Trotzdem wurde die Frage nach der Zahl an Migranten in München ohne gültige Papiere immer wieder mit Interviewpartnern/innen diskutiert. Bildlich gesprochen: Aus Schlaglichtern wurde mit der Zeit eine zahlenmäßige, nur mit Vorsicht zu genießende Dämmerung. Rechtsanwälte oder Kinderärzte, Migrationsberater oder Therapeuten, politische Vertreter oder NGO-Lobbyisten, alle haben Schätzungen aufgrund der eigenen Erfahrung abgegeben und so Puzzelstücke eines nur in Umrissen zu erkennenden Bildes geliefert. Die Studie kommt auf dieser Grundlage zu einer Schätzung von zwischen 30.000 und 50.000 erwachsenen Personen ohne Aufenthaltsstatus in München, darunter mehrere Hundert Kinder.

Schulpflicht – nicht für „Illegale“

Betreuung und Bildung dieser Kinder stellen die Eltern natürlich vor besondere Probleme: Während für die Kleinkinder meist eine Betreuung organisiert werden kann – entweder innerhalb des ethnisch/sozialen Netzes oder durch einen (meist) privaten Kindergarten-

platz – wird die Sache mit dem Erreichen des Schulalters schwerer. Viele Eltern wollen ihre Kinder aus Angst vor Kontrollen (auch wenn sie objektiv vielleicht unbegründet ist) nicht auf öffentliche Schulen schicken. Wer über entsprechende finanzielle Mittel verfügt, hat die Option einer privaten Schule, in der Regel aber müssen die Eltern ihre Kinder zu Hause lassen, während sie arbeiten. Oder die Kinder werden zu Hause unterrichtet. Ein Schulbesuch nach der Grundschule ist nach der derzeitigen Rechtslage so gut wie ausgeschlossen.

Helfer im Dilemma

Rat und Unterstützung finden „Illegale“ nur in einem inoffiziellen Netzwerk, das sich aus Mitarbeitern von Migrantenorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, Beratungsdiensten und einzelnen Ärzten oder Rechtsanwälten zusammensetzt.

Diese Helfer befinden sich oft in einem Dilemma. Darf man, kann man Menschen ohne Papiere helfen? Oder ist dies nicht gerade ein Gebot der Menschlichkeit, da diese sich wegen des Entdeckungsrisikos nicht auf dem üblichen Wegen ihr Recht verschaffen oder lebenswichtige öffentliche Dienste in Anspruch nehmen können?

Die Helfer bewegen sich in einer rechtlichen Grauzone. Sie müssen sich der Probleme bewusst sein, die mit Kollegen, Vorgesetzten oder mit staatlichen Stellen (die ja häufig der wichtigste Geldgeber für Hilfsorganisationen sind) entstehen können.

Risiko Krankheit

Wenn gesundheitliche Notlagen eintreten, bei Unfällen oder Entbindungen stehen „Illegale“ natürlich vor besonderen Problemen. Schleichende Krankheiten werden oft verdrängt, sie werden etwa mit Kräutern behandelt – und wenn es gar nicht mehr anders geht, wird innerhalb des ethnischen Netzwerks nach einem muttersprachlichen Arzt gesucht, der beispielsweise freitags um 12 Uhr die Sprechstundenhilfe nach Hause schickt, aber die Praxis bis 18 Uhr offen hält.

Meistens wird in bar gezahlt, bisweilen gibt es aber auch eine „Großzügigkeit“ mit Krankenversicherungskarten. Kostspielig wird es, wenn die Versorgung

über eine Erstbehandlung hinausgeht oder gar die (teure) Gerätemedizin hinzugezogen werden muss.

Doch selbst eine stationäre Behandlung ist im Prinzip möglich. Wenn sich nach einem Unfall z.B. herausstellt, dass der Patient nicht versichert ist, gibt es natürlich Probleme bei der Kostenerstattung. Manchmal gibt es auch interne Lösungen, z. B. das Ausnützen von Fallpauschalen. Entbindungen ohne Komplikationen werden meist bar bezahlt, ohne dass nachgefragt wird. In privaten Häusern ist diese Vorgehensweise sehr weit verbreitet. Ohne Anschluss an ein Netzwerk kann die Situation aber schnell kritisch werden.

Arbeiter ohne Rechte

Wie kommt ein „Illegaler“ zu seinem Recht, wenn z.B. ein Arbeitgeber den Lohn schuldig bleibt? Grundsätzlich ist eine Anzeige natürlich möglich, ist aber mit der Entdeckung des Illegalen verbunden. Das wiederum zieht die Ausweisung nach sich – in der Regel noch bevor der Arbeitsprozess zu einer Entscheidung kommt. Aus diesem Grunde verzichten die meisten natürlich darauf. Es gibt in Berlin Einzelfälle, bei denen auf die Statusfeststellung verzichtet wird, um den Menschen rechtlich den ihnen zustehenden Lohn zukommen zu lassen.

Aufgaben für die Stadt

Die Mediziner reagieren am vehementesten und sprechen von „Heuchelei“, wenn die Rede auf die „Illegalen“ kommt. Medizinisches Personal, das im Notfall Hilfe für Menschen ohne Aufenthaltstatus leistet, muss von der Sorge, eine Straftat zu begehen und von der Mitteilungspflicht des medizinischen Personals an die Behörden befreit werden.

Damit die Behandelnden für teurere Fälle Rückhalt haben, wäre es sinnvoll, einen Fonds oder eine Stiftung für mittellose Patienten einzurichten. Ein Teil der Arbeit muss aus der Grauzone heraus – auch mit Blick auf ansteckende Krankheiten wie etwa Tbc.

Um allen Kindern einen Schulbesuch zu ermöglichen, sollte der Stadtrat die Vorrangigkeit des Rechts auf Bildung gegenüber dem Aufenthaltsrecht feststellen. Das würde bedeuten, in Münch-

ner Schulen auf die Feststellung des Aufenthaltsstatus zu verzichten – eine Praxis, die allerdings mit der Regierung von Oberbayern abgestimmt werden müsste.

Im Bereich Arbeit und Beschäftigung sind Wege zu diskutieren, wie im Fall einer Anzeige von Lohnprellung oder -betrug vermieden werden kann, dass der „Illegale“ entdeckt und sofort abgeschoben wird. In Absprache mit dem bayerischen Innenministerium wäre eine Vereinbarung anzustreben, die Arbeitnehmern eine Duldung bei Lohnbetrugsprozessen ermöglicht, da-

mit sie überhaupt Klage führen können.

Deutschland ist immer noch kein Einwanderungsland

Viele Europäische Länder wie z.B. Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland oder Belgien haben bisher einmalige oder sogar mehrmalige Legalisierungskampagnen für Einwanderer ohne Papiere durchgeführt. Gemeinsam ist ihnen allen, dass nach bestimmten Kriterien gesicherte Aufenthalte gegeben

wurden. Meistens wurden gleichzeitig die Rechte auf Bildung und Gesundheit sowie Grundleistungen der Sozialversicherung und sozialer Fürsorge zuerkannt.

In der Bundesrepublik sind derartige Bestrebungen mit dem Scheitern des Einwanderungsgesetzes erst einmal auf Eis gelegt. Dabei wäre es auch hierzulande höchste Zeit für eine Legalisierung der „Illegalen“.

Tassia Fouki

EINE SCHWIERIGE PARTNERSCHAFT

Bericht von der Stadtratsreise nach Harare

Harare ist die jüngste der sieben Partnerstädte¹ von München - und bestimmt auch die, die die meisten Diskussionen hervorruft. Ende April besuchte eine Stadtratsdelegation die Hauptstadt von Simbabwe.

1996 wurde die Partnerschaft auf Initiative der Grünen Fraktion ins Leben gerufen, damals – obwohl es schon kritische Stimmen gab – mit der Vorstellung, dass in Simbabwe die demokratischsten Bedingungen dieser Region bestünden. Robert Mugabe, der seit der Unabhängigkeit Simbawwes 1980 Ministerpräsident des Landes ist, galt lange als kluger Stratege, der sein Land behutsam reformieren und alles daran setzen würde, in Simbabwe eine blühende Demokratie zu schaffen. Die wirtschaftliche Lage war damals – nach afrikanischen Maßstäben – wirklich gut und nach dem jahrelangen, zermürbenden Befreiungskrieg herrschte Aufbruchstimmung.

Leider kam es anders. Heute liegt die Inflationsrate bei über 600%; Mugabe versucht seine politischen Gegner durch willkürliche Verhaftungen und Folterungen mundtot zu machen und die Bevölkerung ist zunehmend geschwächt durch Aids (Simbabwe hat die höchste HIV-Rate ganz Afrikas)

und Armut.

Die Vertreibung der weißen Farmer ist zwar im Sinne einer gerechten Landverteilung grundsätzlich nachvollziehbar, doch Mugabe beschenkte mit dem Land vor allem loyale Veteranen, die keine Erfahrung mit Landwirtschaft haben. So veröden vor kurzem noch ertragreiche Farmen, und die Dürreperiode, die den ganzen Süden Afrikas heimgesucht hat, tut ihr Übriges.

Doch die Menschen geben nicht auf. Gerade in den Städten hat sich eine starke Oppositionspartei gebildet - die MDC (Movement for Democratic

Change) – und in Harare existieren Bürgerbewegungen auf Stadtteilebene, die sich in der Dachorganisation CHRA – Combined Harare Residents Association – vereinigt haben, und sich heute aktiv in die Stadtpolitik einmischen.

1999 setzte Mugabe den Bürgermeister und den gesamten Stadtrat von Harare ab. Bestimmt waren die Korruptions- und Bestechungsvorwürfe damals nicht aus der Luft gegriffen, doch anstatt zügig Neuwahlen durchzuführen, bestellte Mugabe einen „Stadthalter“ seiner Wahl und ließ es damit gut sein.



Hep Monatzeder und Jutta Koller mit Kommunapolitikern aus Harare auf einer Messe. Links Stadtrat Hannes Kaplan (SPD).

¹ Die anderen sechs sind: Verona, Edinburgh, Bordeaux, Kiew, Cincinnati und Sapporo.

Das zwang uns in München dazu, die Städtepartnerschaft zumindest auf Politiker-Ebene stillzulegen. Auf bürgerschaftlicher Ebene gab es weiter einen regen Kontakt: das Nord-Süd-Forum unterstützte vor allem die Aktivitäten der CHRA, und wir versuchten zumindest teilweise auf Verwaltungsebene den Kontakt zu halten und über den Verein „München für Harare“ Sozialprojekten zu helfen.

Wahlen vor Gericht erzwungen

2001 erzwang die CHRA durch einen Gerichtsbeschluss Kommunalwahlen in Harare. Im April 2002 gelang es der MDC trotz massiver Behinderungen alle Stadtratssitze in Harare bis auf einen zu erringen und den Oberbürgermeister zu stellen. Damit war der Weg auch wieder frei für einen politischen Austausch. Im Sommer letzten Jahres besuchte Bürgermeister Mudzuri mit einer Stadtratsdelegation München und Ende April war jetzt der Gegenbesuch einer Münchner Delegation fällig – allerdings ohne die CSU, die die Partnerschaft ablehnt und sich ausgeklinkt hatte.

Der erste Eindruck von Harare war traumhaft. Überhaupt ist Simbabwe ein wunderschönes Land, in dem ich sehr gerne mal Urlaub machen würde, wenn die politische Lage etwas einfacher wäre und ich die Hoffnung hätte, für

eventuelle Rundfahrten ausreichend Benzin zu bekommen. Die Menschen stehen hier stundenlang in langen Schlangen vor den Tankstellen, um Benzin zu bekommen. Leute mit geringem Einkommen – und das sind die meisten in Simbabwe – können sich schon lange keinen Sprit mehr leisten und gehen zu Fuß zur Arbeit (so sie denn Arbeit haben bei einer Arbeitslosenquote von über 80%). Aus den Randgebieten Harares sind das oft einige Stunden hin und zurück.

Bürgermeister wird abgesetzt

Der zweite Tag war den offiziellen Zeremonien gewidmet: Begrüßung durch Bürgermeister Mudzuri im Rathaus, erste Kontakte und am Abend ein offizieller festlicher Empfang für uns bei Mudzuri. Bis zum letzten Teil lief alles wie geplant, doch abends teilte uns Mudzuri mit, dass er ein Schreiben des zuständigen Ministers erhalten habe, in dem ihm seine Suspendierung mitgeteilt werde. Der Empfang fand trotzdem wie geplant statt und Hep nutzte seine Rede dazu, einige deutliche Worte zu unserer Vorstellung von Demokratie zu sagen.

Anschließend hielten wir eine Krisensitzung ab und klärten, wie mit der neuen Situation umzugehen sei. Schnell war klar, dass die Vorwürfe gegen Bürgermeister Mudzuri nur allgemeine

Verdächtigungen und Andeutungen waren. Wir beschlossen, unseren Besuch nicht abubrechen und uns nicht unter Druck setzen zu lassen – gerade weil uns Insider erklärten, dass der Zeitpunkt der Suspendierung kein Zufall sei, sondern durchaus gewollt, um nicht nur Mudzuri, sondern auch uns zu ärgern. Wir verfassten Presseerklärungen für die Medien in München und Harare und Hep sprach auf einer Veranstaltung der CHRA über unser Befremden über solche Taktiken und sagte Mudzuri unsere Unterstützung zu. Das Presseecho in Simbabwe war enorm: in jeder Zeitung waren Heps Worte auf der Titelseite, (davon können wir in München nur träumen). Dies zeigt, wie wichtig unser Auftreten in Harare genommen wurde.

Der weitere Kontakt zu Mudzuri gestaltete sich sehr schwierig, denn er musste untertauchen, um nicht verhaftet zu werden. In unserer Umgebung waren ständig Menschen mit dunklen Brillen zu sehen, deren Typus ich bisher nur aus Agentenfilmen kannte.

Hauptproblem Trinkwasser

Doch hatten wir einen intensiven Kontakt zu den verschiedenen Fachstadträten und konnten unser Programm vollständig absolvieren und viele Informationen sammeln. Das Hauptproblem in Harare ist die Trinkwasserversorgung. Die zur Aufbereitung des Wassers nötigen Chemikalien reichen noch bis Mitte des Jahres – was dann geschehen wird, ist unklar. Der Stadtrat von Harare hat zwar ausreichend Gelder für die Beschaffung neuer Chemikalien in den Haushalt eingestellt, durch die Abwertung des Simbabwe-Dollars von 1:55 auf 1:850 pro US Dollar) reicht die eingestellte Summe aber nicht mehr aus. Und die Regierung verbietet es der Stadt, sich Devisen zu beschaffen oder auch nur interne Kredite. Wir besichtigten auch Sozial- und Gesundheitsprojekte, denen es nicht nur an geeigneten Maschinen fehlt, sondern vor allem an geschultem Personal. Viele gut ausgebildete versuchen das Land zu verlassen und in Südafrika oder Europa Arbeit zu finden. So sprachen



Besorgte Mienen: Hep Monatzeder und Bürgermeister Mudzuri, der gerade abgesetzt wurde.

chen wir z.B. mit einem Zahnarzt in der städtischen Zahnklinik, der uns berichtete, dass früher 4 bis 5 Ärzte dort praktizierten - heute sei er der einzige. Da die Arbeit allein kaum noch zu schaffen sei, bilde er jetzt Helfer zum Zähneziehen aus. Auch an Füllmaterial mangle es ihm.

Es gibt in Harare ganze zwei Geräte zur Desinfektion von medizinischen Instrumenten. Eines davon ist kaputt und es gibt kein technisches Personal zur Reparatur mehr. Wenn die zweite Maschine auch noch ausfällt, dann müssen die Sachen wie früher ausgekocht werden.

Münchens Hilfe konzentriert sich auf Schul- und Ausbildungsprojekte. So unterstützt der Verein „München für Harare“ zum Beispiel das Projekt „Glen Forest Development Center“ mit Spenden. Es liegt am Stadtrand von Harare, wo überwiegend erwerbslose Familien und arme Saisonarbeiter-Familien leben. Einheimische Frauen haben das Center errichtet, um den hier lebenden Kindern und Jugendlichen,

eine Alternative zum Leben als Straßenkind zu ermöglichen. Heute ist es auch eine Ausbildungs- und Beratungsstelle für Erwachsene.

Etwa 50 Kinder zwischen 2 und 6 Jahren besuchen den Kindergarten, und ca. 250 Schülerinnen und Schüler zwischen 13 und 19 Jahren werden unterrichtet, um einen Schulabschluss erreichen zu können.

Mehrere hundert Erwachsene, davon über 70 % Frauen, kommen jährlich zu den Alphabetisierungskursen, zum Nähkurs mit zertifiziertem Abschluss und zu den Workshops

Ca. 60% der Kinder in Harare, darunter viele AIDS-Waisen, leiden an Mangelernährung und ihren Folgeerscheinungen. Viele einfache Handwerksmaschinen, die bei uns als veraltet ausgeschieden werden, können dort helfen, Jugendlichen eine Berufsperspektive zu bieten.

Doch eine Städtepartnerschaft soll keine verdeckte Entwicklungshilfe sein, sondern eine gleichberechtigte Beziehung. Grundsätzlich erhoffen wir uns

natürlich von der Städtepartnerschaft, dass kulturelle Vorurteile abgebaut und globale Entwicklungsprobleme veranschaulicht werden.

Aber es gibt auch Lerneffekte von Süd nach Nord. So diskutieren Münchner Bürgergruppen die guten Organisationsstrukturen der Bürgervereinigungen in Harare und prüfen sie auf Übertragbarkeit. Äußerst beeindruckend sind auch der Mut und der Ideenreichtum, mit dem sich viele Menschen in unserer Partnerstadt gegen staatliche Gewalt auflehnen und sich friedlich für demokratische Verhältnisse in Zimbabwe einsetzen. Wer dies mitverfolgt, wird Demokratie und politische Mitbestimmung, wie sie hierzulande üblich ist, nie wieder als Selbstverständlichkeit betrachten.

Jutta Koller

DER WETTBEWERB UM DIE PATIENTEN

Die Reform der städtischen Krankenhäuser

Die Einführung eines neuen Vergütungssystems stellt die deutsche Krankenhauslandschaft vor große Veränderungen. Auch den städtischen Krankenhäusern stehen Umstrukturierungsprozesse bevor.

Grund für die Einführung des neuen Systems sind die steigenden Kosten im Gesundheitsbereich, insbesondere im Krankenhaussektor. Mit dem neuen Vergütungssystem sollen Mehrfachuntersuchungen verhindert, Verweildauern reduziert und der Wettbewerb unter den Krankenhäusern um gute und wirtschaftliche Leistungsangebote angekurbelt werden.

Um die notwendigen Strukturveränderungen zu verstehen, werfen wir zuerst einen Blick auf das neue Finanzierungssystem: Gegenwärtig wird der größte

Teil der Krankenhausleistungen noch über Tagessätze vergütet, lediglich ein Umsatzanteil von 25% wird bereits jetzt über Fallpauschalen (DRGs = Diagnosis Related Groups) und Sonderentgelte abgerechnet. Bis 2004 soll das DRG-System obligatorisch in Deutschland eingeführt werden.

Das DRG-System

Gesetzliche Grundlage für das neue Finanzierungssystem ist das Fallpauschalengesetz (FPG) vom August 2001. Patin für das Fallpauschalensystem in Deutschland stand das australische Modell, Fallpauschalen gibt es aber sowohl in den USA als auch in den meisten europäischen Ländern.

Das DRG-System ist äußerst komplex, so das hier nur die Grundlogik dargestellt wird: Die DRGs sollen alle stationäre Behandlungen in Akutkranken-

häusern auf der Basis erhobener Falldaten nach klinischen Kriterien in Gruppen zusammenfassen. Grundsätzlich soll mit einer Pauschale der gesamte Behandlungsfall vergütet werden.

Grundlage der Zuweisung eines Falles zu einer Gruppe ist die Hauptdiagnose bei der Entlassung - z.B. Blinddarmentzündung. Dann wird nach der Behandlungsart unterschieden: operativ oder nicht-operativ. Anschließend wird nach relevanten Nebendiagnosen und Komplikationen gegliedert. Weitere Klassifikationsmerkmale sind Alter, Geschlecht oder auch Geburtsgewicht. Jeder Behandlungsgruppe (jeder DRG) wird ein relatives Kostengewicht zugeordnet, welches wiederum ein Maß für die durchschnittliche Aufwändigkeit der Behandlung ist.

Da es aber Behandlungen gibt, die zwar aufgrund der Diagnose einer bestimmten Behandlungsfallgruppe zugeordnet

worden sind, jedoch mehr Kosten verursachen, werden sie gesondert vergütet (Zuschläge).

Grundsätzlich sollen alle Behandlungsfälle in Akut-Krankenhäusern erfasst werden. Bei einigen wenigen schwerklassifizierbaren Fällen wird auf Sammel-DRGs zurückgegriffen. Darüber hinaus gibt es Sonderregelungen, z.B. für die Psychiatrie, die vorerst nicht in das Fallpauschalensystem einbezogen wird, da die Verweildauer bei gleichen Diagnosen stark schwankt. Ebenso wird es für die Geriatrie und die Reha Sonderregelungen geben.

In den unterschiedlichen DRG-Systemen gibt es zwischen 500 und 1400 Behandlungsfallgruppen. DRG-Systeme sind ein kontinuierlicher Prozess, der sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen weiterentwickeln wird. Die Umsetzung der DRGs bei der Krankenhausbehandlung erfolgt mit den Clinical Pathways (Behandlungspfade). Behandlungspfade werden entsprechend der DRGs erarbeitet und sollen die medizinische und pflegerische Versorgung sicherstellen.

Bereits am Aufnahmetag wird das voraussichtliche Entlassungsdatum aus der Klinik festgelegt, mit Hilfe des Pathways wird überwacht, ob die Zwischenziele (z.B. Operation, Mobilisation) erreicht wurden. Auch hier wird es Abweichungen geben (Komplikationen, Wünsche der Patienten nach Veränderungen), die in die Evaluation eingehen und zu Verbesserungen führen sollen.

Die DRGs decken die Nachsorge und Rehabilitation der Patienten nicht ab. Für Patienten, die zwar laut DRG entlassungsfähig sind, aber noch geringe medizinische und pflegerische Hilfe benötigen, sollen Brücken- und Überleitungspflegestationen eingerichtet werden, die kostengünstiger als die DRGs sind.

Case-Management und Primary Nursing

Um die Zeit nach der Entlassung, ob Alten- und Pflegeheim, Überleitung, Reha oder ambulante Pflege kümmert sich das Case-Management, das in den städtischen Krankenhäusern in München bereits eingerichtet ist, bzw. zur Zeit eingerichtet wird. Auch die Pflegekräfte werden von Veränderungen

nicht verschont bleiben. Das amerikanische Modell des „Primary Nursing“ wird in die Krankenhäuser übertragen werden: Hoch qualifizierte Krankenpflegekräfte organisieren mehrere Patienten und ihre Behandlungspfade, pflegerische Tätigkeit wird zum Teil auf niedriger qualifizierte KrankenpflegehelferInnen delegiert.

Um dem Kostendruck standzuhalten wird auch die Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung von großer Bedeutung sein.

Der Patient wird König

Insgesamt wird es durch das neue Vergütungssystem zu einem Wettbewerb um Patienten kommen, da die Krankenhäuser für ihre einzelnen medizinischen Angebote und Abteilungen hohe Fallzahlen erreichen und entsprechend mit guten Leistungsangeboten aufwarten müssen. Medizinische Abteilungen, die bisher wenig Patienten betreut haben (niedrige Fallzahlen) werden unrentabel, da andere Krankenhäuser eine wesentlich höhere Auslastung haben. Für die Patienten wird Information und Beratung daher von großer Bedeutung sein, denn nur so können sie ein Teil der Qualitätskontrolle sein.

Das System zwingt zur Kooperation

Die vier städtischen Krankenhäuser (Thalkirchen ausgeklammert) befinden sich in dem Prozess der Neustrukturierung, die das neue Vergütungssystem bewirkt.

Um dem Kostendruck und dem Wettbewerb standzuhalten, werden die städtischen Krankenhäuser zusammenarbeiten müssen. Einrichtungen sowohl im medizinischen, als auch im pflegerischen und im Bereich der zentralen Dienste (z.B. Wäscheversorgung, EDV, Apotheke) sollen gemeinsam genutzt werden. Dazu wurde eine Kommission gebildet mit dem Ziel, die Strukturen der Krankenhäuser neu zu gestalten. Die Grundversorgung muss weiterhin in allen vier Kliniken gewährleistet sein, allerdings wird es nicht in allen vier Kliniken z.B. einen Schwerpunkt Kardiologie mit dem kompletten technischen Standard geben.

Welche Kompetenzen bleiben im Stadtrat?

Darüber hinaus wird es notwendig, die städtischen Krankenhäuser zukünftig in einem Verbund zusammenzuführen, um diese Zusammenarbeit auch organisatorisch abzusichern. Das bedeutet, dass sich sowohl die Organisationsform der vier Eigenbetriebe als auch die Rechtsform ändern wird. Zu diesen Strukturveränderungen sind folgende Grundüberlegungen anzustellen, die dann die zukünftige Struktur der Kliniken entscheiden werden:

Bisher haben die StadträtInnen einen großen Einfluss sowohl auf die gesundheitspolitischen Vorgaben als auch auf die fachliche Grundstruktur, die Investitionen und die Personalentscheidungen in den einzelnen Krankenhäusern. Wo will der Stadtrat in Zukunft seinen Einfluss geltend machen?

Bisher werden die Entscheidungen im Krankenhausausschuss getroffen, bei einer Rechtsformänderung könnten sich diese in einen Aufsichtsrat oder einen Verwaltungsrat oder auch weiterhin in einen Krankenhausausschuss verlagern.

Bisher bestehen die Leitungen der Krankenhäuser jeweils aus einem Dreiergremium: Pflegedirektion, Verwaltungsdirektion, ärztliche Direktion.

Welche Organisations- und Rechtsform kann die neuen Herausforderungen der Finanzierung und des Wettbewerbs am besten umsetzen?

Als Rechtsformen kommen ein Eigenbetrieb an Stelle von vier, ein Kommunalunternehmen oder eine GmbH in Frage.

Die Diskussion um die Fragen Verbund durch Holding, Leitungsstrukturen bis hin zur Rechtsform wird spätestens Anfang des Jahres 2004 entschieden werden. Um diese für die Krankenhaushauslandschaft in München wesentlichen Fragen zu klären und zu einer breiten Diskussion zu kommen, sollten wir jetzt mit dieser Diskussion beginnen. Auf Grund der Tragweite dieser Entscheidung werden die Grünen sich auf einer Stadtversammlung damit beschäftigen müssen.

Lydia Dietrich

KOOPERATION STATT KONFRONTATION

Senkung der Strahlenbelastung durch neues Vorsorgemodell

Seit Jahren liegen wir mit den Mobilfunkbetreibern im Clinch und können doch als Kommune nichts erreichen. Da der bisherige Stadtratsbeschluss – städtische Gebäude für Sendemasten nur unter offizieller Einhaltung des Schweizer Grenzwertes zur Verfügung zu stellen – dazu geführt hat, dass die Mobilfunkbetreiber ihre Sendemasten vermehrt abbauen und auf Häusern in der Umgebung aufstellen, ist die Strahlenbelastung für die Münchner Bevölkerung ständig gestiegen.

Es ist schon ein heißes Eisen, das der Stadtrat im Juni beschlossen hat: Mobilfunkmasten auf städtischen Gebäuden - und das mit Zustimmung der Grünen. Aber angesichts der fast völligen Rechtlosigkeit der Kommunen bei diesem Thema ist es die einzige Chance auf das Tun der Mobilfunkbetreiber Einfluss zu nehmen. Denn diese werden in den nächsten Monaten und Jahren massiv Antennen aufstellen, um das UMTS-Netz, wie mit der Bundesregierung vereinbart, aufzubauen - ob wir das wollen oder nicht! Die Stadt hat nur die Wahl, durch Nutzung ihrer Gebäude die Strahlungsbelastung weitestgehend zu minimieren oder gar nichts zu

tun außer gegen die Mobilfunkbetreiber zu protestieren.

Ein städtischer Standort wird allerdings nur dann in Frage kommen, wenn eine von den Mobilfunkbetreibern vorgelegte Immissionsprognose einwandfrei ergibt, dass das städtische Gebäude der Standort mit der im Vergleich zu anderen Standorten geringsten Strahlungsbelastung ist. Damit können Standorte vermieden werden, die eine viel höhere Belastung der Bevölkerung verursachen würden.

Profilüberragende Masten sind günstiger

Ein konkreter Fall: So kündigte beispielsweise eine Mobilfunkfirma den Sendemasten auf dem Pasinger Krankenhaus, weil sie den von der Stadt geforderten Schweizer Grenzwert (bisherige Rechtslage) nicht einhalten woll-

te. Sie errichtete alternativ zwei neue Antennen im Wohngebiet, die das Krankenhaus, aber auch die umliegende Bevölkerung weit stärker bestrahlen als die alte Antenne. Gerade Antennen in Wohngebieten sind deshalb so ungünstig, weil durch die oft gleiche Häuserhöhe der Strahlungswinkel sehr ungünstig ist. Außerdem kommt es häufig zu Reflexionen, die die Strahlung erhöhen. Am besten sind Sendemasten, die deutlich profilüberragend (ca. 10 m) gegenüber der umliegenden Bebauung montiert sind.

Um sicherzustellen, dass die Betreiber die Werte der Immissionsprognose auch einhalten, wird durch Messungen des RGU die tatsächliche Strahlung nachgeprüft. Überschreitet diese den Prognosewert, hat die Stadt jederzeit die Möglichkeit sofort aus dem Vertrag auszusteigen. Das gilt auch, wenn es neue alarmierende Erkenntnisse aus den vom Bundesministerium für Umweltschutz in Auftrag gegebenen Gutachten gibt.

Schulen können selbst entscheiden

Schulen oder andere Gebäude, in denen sich Kinder und Jugendliche länger aufhalten, kommen als Standorte nur in Frage, wenn sie es selber wollen. Ein wichtiges Signal, auch wenn die Strahlungsbelastung möglicherweise durch Nutzung des Schuldaches gesenkt werden könnte. Denn man kann nicht zum einen in den Schulen, die Kinder vor den möglichen Gefahren des Mobilfunkes warnen und zum anderen eine Antenne auf dem Dach installieren.

Langfristig geht es natürlich darum, auch die vorhandenen Standorte in die Verhandlungen mit den Mobilfunkfirmen einzubeziehen. Gerade, wenn städtische Gebäude für Sendemasten genutzt werden, muss es unser Ziel sein, im Gegenzug Antennen abzubauen, die



Mobilfunkanlagen sind nirgends gern gesehen - nicht nur aus ästhetischen Gründen

eine besonders starke Immission verursachen. Nur so kann in den nächsten Jahren eine deutliche Reduzierung der Strahlenbelastung erreicht werden. Ein entsprechender Verhandlungsauftrag an das Referat für Gesundheit und Umwelt ist im Beschluss enthalten.

Mehr Transparenz

Ergänzend zum Vorsorgemodell bekommen die Bezirksausschüsse die Möglichkeit, auf die Standortplanung Einfluss zu nehmen. Sie haben zwar, wie das RGU, kein Vetorecht, können aber durch ihre Ortskenntnis Alternativvorschläge zum Vorschlag der Mobilfunkfirmen machen. Dies sollte nicht als reine „Pseudobeteiligung“ abgetan, sondern als echte Chance gewertet werden. Da sich gerade profilübertagende Gebäude oder größere Freiflächen besonders als Standorte eignen, kann der BA im Einzelfall hohe Strahlungsbelastungen für viele Menschen verhindern. Außerdem wird den BAs jeder neue Suchkreis mitgeteilt, so dass sie auf Bürgerproteste, die meist die BAs treffen, rechtzeitig reagieren können. Ein weiterer Eckpunkt des Vorsorgemodells ist der Aufbau eines EMF-Monitorings für die ganze Stadt. Dabei sol-

len genauere Untersuchungen elektromagnetischer Felder im urbanen Bereich mit seinen unterschiedlichen Gebietsstrukturen und der Anlagendichte gemacht werden, um neue Mobilfunkstandorte im Rahmen des kommunalen Abstimmungsverfahrens (Einbindung der Bezirksausschüsse) bewerten zu können. Zudem könnten die Ergebnisse für die Bewertung des Münchner Vorsorgemodells herangezogen werden.

Ein kleiner Schritt

Angesichts der vielen Forderungen, die wir Grünen in den letzten Jahren gestellt haben, mag das neue Münchner Vorsorgemodell für viele nicht befriedigend sein. Es ist aber aus meiner Sicht ein kleiner Schritt, die Strahlenbelastung für die Münchner Bevölkerung niedriger zu halten als dies ohne die neue Vereinbarung möglich wäre. Wir werden uns selbstverständlich mit dem neu gewonnenen Einfluss zufrieden geben und fordern weiter, die Grenzwerte deutlich zu senken. Ein Hearing wird im Herbst über die Auswirkungen der UMTS-Strahlung informieren. Die Handlungsmöglichkeiten des Bau-

rechts in reinen und allgemeinen Wohngebieten wurden angesichts widersprüchlicher gerichtlicher Entscheidungen vom Planungsreferat bisher nicht ausgeschöpft. Ein Aktionsfeld, wo wir Grünen vermehrt politisch Druck machen werden.

Die Kooperationsbereitschaft der „Handyfirmen“ wollen wir nutzen, auch über andere „Knackpunkte“ wie neue gesundheitsverträgliche Kommunikationstechniken oder mobilfunkfreie oder -reduzierte Zonen zu diskutieren und zu verhandeln.

Auch die Stadt darf sich nicht auf dem Vorsorgemodell ausruhen. Neben verstärkter Öffentlichkeitsarbeit über gesundheitliche Risiken gerade für Kinder und Jugendliche und Überlegungen zu verstärkten Benutzungsverboten in sensibel genutzten Bereichen, soll für einen ausgewählten Stadtteil in München nach dem Vorbild der Gemeinde Gräfelfing – soweit technisch und finanziell möglich – ein vorsorgeorientiertes Standortkonzept entwickelt werden, das neue Erkenntnisse über die tatsächliche Strahlungsbelastung liefern könnte.

Sabine Krieger



Generalleutnant Lothar von Trotha

Überreste des Kolonialismus

Etwa 30 Straßen sind in München nach Persönlichkeiten und Orten aus der deutschen Kolonialgeschichte benannt. 1932, nach der Eingemeindung Trudering, entstand dort ein ganzes Viertel mit entsprechenden Straßennamen.

Unter den Namensgebern finden sich auch skrupellose Schlächter, wie etwa der links abgebildete Lothar von Trotha. Von Trotha war als Gouverneur und Befehlshaber der „Schutztruppe“ in Deutsch-Südwestafrika verantwortlich für die Niederwerfung des Herero-Aufstandes von 1904/05, der in einem Völkermord endete. Er betrachtete den Aufstand als einen „Rassenkampf“, bei dem die Herero „mit Stumpf und Stiel ausgebrannt werden“ mussten. Dies führte er so konsequent aus, dass 20- 25.000 Herero in der Omaheke-Wüste verdursteten.

Aus einem Militärbericht von damals: *„Tausende gefallenen Viehs, namentlich Großvieh, zahlreiche Gerippe von Menschen und Pferden bleichten an der Sonne und bezeichneten mit entsetzlicher Deutlichkeit, daß der Zug des Todes diesen Weg gegangen war...An vielen Stellen hatten die mit dem Durstode Ringenden mit fiebernder Hand 15 – 20 Meter tiefe Löcher aufgewühlt, um Wasser zu graben – vergeblich! Hilflos verfielen Mensch und Tier den entsetzlichen Qualen des Durstes.“*

Aus Anlass des 100. Jahrestages des Herero-Aufstandes haben Die Grünen im Stadtrat beantragt, die Namensgebungen zu überprüfen und gegebenenfalls Straßen umzubenennen.

DAS SANKT FLORIAN'S-PRINZIP

oder: vom Märchen der gelebten Toleranz

Betrachtet man das unten gezeigte Schild aus Allach-Untermenzing, so schaudert einem angesichts des darin zum Ausdruck kommenden fehlenden Verständnisses für die sozialen Nöte in München. Es wirft ein Schlaglicht auf die Situation wohnungsloser Menschen in Teilen unserer Stadt und zeigt auf, was sie in Zukunft erwarten könnte.

Dabei ist die Ausübung des Rechts der Bürger auf Mitbestimmung in unseren Stadtteilen als Basis des Zusammenlebens nicht zu kritisieren. Die Art und Weise wie dieses Recht in einigen Stadtteilen ausgeübt wird und wie sich insbesondere einige politisch Verantwortliche dieser Stadt dabei verhalten lässt jedoch für die absehbare Zukunft Schlimmes erwarten.

Es ist mittlerweile in verschiedenen Stadtteilen Münchens bereits üblich, dass eine geplante Unterkunft für Wohnungslose eine Kette von endlosen BA-Sitzungen und Bürgerversammlungen auslöst. Das sich in Variationen ständig wiederholende Hauptthema derartiger Sitzungen besteht in der Klage, das Stadtviertel werde nun verkommen, erfahre eine überdimensionale Benachteiligung im Vergleich zu anderen Stadtteilen, werde zusätzlich belastet und habe mit horrend steigender Kriminalität zu rechnen. Besonderen Anlass zur Betroffenheit gibt dabei die Tatsache, dass derartige Thesen ohne sachliche Überprüfung von Fakten und Statistiken in die Welt gesetzt und gebetsmühlenartig so lange wiederholt werden, bis auch die letzten Zweifler der suggestiven Macht der ständigen Wiederholung erlegen sind. Äußerst erschreckend wirkt dabei die dumpfe „das-Boot-ist-voll“-Rhetorik einiger politisch Verantwortlicher, die ihre gesamtstädtische soziale Verantwortung zugunsten unerträglicher Stimmungsmache anscheinend über Bord geworfen haben. Der Aspekt, dass hier über das Schicksal notleidender Menschen entschieden wird, spielt bei den überhitzten Diskussionen höchstens eine untergeordnete Rolle.

Diese Diskussionen werden nicht um Menschen und Familien geführt, die in der Regel aufgrund einer Kette von unvorhersehbaren Ereignissen oft schuldlos wohnungslos geworden sind. Nein. Die Diskussionen drehen sich um angeblich sinkende Grundstückspreise und um die Unvereinbarkeit von Wohnungslosen mit dem idyllischen Stadtteilbild in den Köpfen einiger Anwohner. Und viele der verantwortlichen Politiker spielen dieses zynische Spiel mit.

Außerdem, so wehklagen einige politisch Verantwortliche, gerne und offensichtlich um das Wohl der Wohnungslosen besorgt, wo werden diese armen Menschen einkaufen können, da es in dem Gebiet keine Läden gibt, und wo werden die armen Kinder in die Schule gehen, da die Schulen so weit weg sind und keine Kapazitäten mehr für weitere Kinder haben?

Während sich insbesondere christlich sozial dominierte BAs mit großer Leidenschaft derartigen Fragen hingeben und dabei zu dem Schluss kommen „dass eine Unterkunft im eigenen Stadtviertel nicht sozial verträglich ist“ verlaufen sie sich jedoch bei ihrem Ausflug ins Gutmenschentum und kommen dabei auf fatale Weise vom Weg ab. Die vorrangig zu lösende Aufgabe besteht darin, die grundlegende Notlage der Wohnungslosen zu beseitigen, nämlich kein Dach über dem Kopf zu haben.

Shopping und Bildung stehen auf der Wunschliste der Betroffenen sicherlich erst an zweiter Stelle.

Die wachsende Zahl wohnungsloser Menschen und die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt lassen darauf schließen, dass sich die Lage in absehbarer Zukunft nicht entspannen wird. Die Dringlichkeit, seitens der Stadt Wohnraum zur Verfügung zu stellen, lässt sich daher nicht von der Hand weisen. Jedem Beteiligten ist dabei klar, dass die Zahl der hierfür bereitstehenden Grundstücke und Immobilien begrenzt ist und vor allem nicht gleichmäßig verteilt sein kann. Mit dem Sankt Florians-Prinzip ist daher niemandem geholfen, am wenigsten den Not leidenden Wohnungslosen selbst. Offensichtlich haben einzig die Vertreter der Grünen vor Ort dieses Prinzip verstanden und setzen sich, immer unter Berücksichtigung gesamtstädtischer sozialer Interessen, vehement für die Belange der Wohnungslosen ein. Entscheidend für die Zukunft wird daher sein, ob einige politisch Verantwortliche in den Stadtteilen sich ihrer gesamtstädtischen sozialen Verantwortung erinnern oder damit fortfahren, die bereits glimmenden Luntten der Pulverfässer in den Köpfen einiger Bürger durch die heiße Luft der „das-Boot-ist-voll“-Rhetorik anzufachen.

Sedef Özakin



FÜLLEN BÜRGERBEGEHREN LEERE KASSEN?

Während die Einsparungen in den anderen Ressorts entweder mit geringen Reibungsverlusten über die Bühne gingen oder – wie im Haushalt des Schulreferates – nach zahlreichen stürmischen Protesten durch neue Abmachungen mit dem Freistaat abgedeckt werden konnten, stießen die Kürzungen im Kulturhaushalt auf energischen Widerstand.

Schon die Einstellung des Zuschusses für die Münchner Symphoniker hatte in der Grünen Fraktion den Verbrauch einer ganzen Farbbandrolle für die vielen Protestfaxe zur Folge. Noch stärkere Geschütze fahren die Freunde des Deutschen Theaters und die „Initiative zur Erhaltung der Münchner Stadtbibliotheken“ auf, die ihre Ziele mittels Bürgerbegehren durchsetzen wollen.

Freundschaftsbecher gegen Effe

Ein solches Engagement ist als gutes, ja wirklich erfreuliches Zeichen kultureller Vitalität zu werten – kaum erhofft in Zeiten einer anscheinend durch die Bekenntnisse von Stefan E. oder Dieter B. geprägten Buchlandschaft (*wer sich traut, beim Hugendubel einen Stapel „Ich hab's allen gezeigt“ umzuschmeißen, erhält von der Grünen Mamba beim Sarcelletti einen großen Freundschaftsbecher*). Bürger, die ihre Bibliotheken, Orchester oder Theater vor dem Rotstift des Stadtrates retten wollen, sind ein schlagender Beweis für den Wert dieser Institutionen und per se eine Ermutigung für die Kulturpolitik.

Aber leider: Die Stadt hat das Geld nicht mehr für all die schönen und wertvollen Einrichtungen. Einsparungen sind auch bei der Kultur unum-

gänglich. Der Gesamthaushalt des Kulturreferates beträgt ca. 150 Mio Euro pro Jahr – hiervon übrigens ca. 1/3 reine Personalkosten). Diese 150 Mio Euro verteilen sich in etwa wie folgt:

Stadtbibliothek	23%
Kammerspiele	15%
Philharmoniker	15%
Volkshochschule	9%
Stadtmuseum	6%
Zuschussbereich	19%
Rest/Kernreferat	<u>13%</u>

Gesamt: 100%



Leider, leider: Die Stadt ist Pleite. Hep Monatszeder mit Ulrich Chaussy bei der Übergabe der 33.000 Unterschriften des Bücherbegehrens.

Der Konsolidierungsbeitrag des Kulturreferates allein für 2002 betrug 3,448 Mio Euro - bis 2006 müssen insgesamt ca. 16 Mio Euro aus dem Kulturbereich gespart werden. Die Auflistung macht deutlich, dass das Kulturreferat gezwungen ist, den Konsolidierungsbeitrag zu verteilen.

Büchereien haben Priorität

Von vorneherein war die Rettung von möglichst vielen Stadtbüchereien

das Ziel der Grünen/Rosa Liste-Fraktion und der SPD-Fraktion. Der Haushaltsentwurf des Kulturreferates hätte die Schließung von acht bis zehn Stadtbibliotheken bis zum Jahr 2006 bedeutet. Gleichzeitig mit den Einsparungen steigen aber die Personalkosten, die Medienkosten, die Mieten. Es war also nicht nur eine Umschichtung zugunsten der Stadtbibliotheken gefragt, sondern vielmehr eine Konzeption, die den Erhalt des dezentralen Bibliotheksnetzes garantiert, die Bibliotheken aber auch mit einem attraktiven Medienbestand ausgestaltet.

In schwierigen Verhandlungen erzielten SPD und Grüne – rosa liste Einigkeit über Umschichtungen im Kulturhaushalt u. a. zugunsten des Volkstheaters, verschiedener Initiativen - und vor allem zugunsten der Münchner Stadtbüchereien. Beachtliche Summen – über die Kürzungsvorschläge des Kulturreferates hinaus müssen die Kammerspiele und die Münchner Philharmoniker erbringen. Gekürzt wurde auch der Zuschuss an die Staatlichen Musiktheater in München. Viele kleine Einrichtungen wurden um Beträge gekürzt, die zwar schmerzhaft sind, unseres Erachtens aber die Projekte nicht gefährden. Dem Wunsch von Kulturreferentin Prof. Dr. Dr. Lydia Hartl nach

Errichtung eines Lab 21 für die Vernetzung der Münchner Kunstszene im Bereich der neuen Medien konnte die Stadtratsmehrheit nicht folgen: No money – no lab!

Nach der Kürzung von Öffnungszeiten und der Zusammenlegung von sechs Standorten blieben am Ende zwei Bibliotheken übrig, die geschlossen werden mussten: die in Solln und in der Au. Für die betroffenen Nutzer der beiden Bibliotheken ist die Ausgewogenheit von Sparkonzepten natürlich kein Trost – sie bleiben bei ihrem Protest.

Zwar nahmen die Initiatoren des „Bücherbegehrens“ wohlwollend zur Kenntnis, dass die Stadtratsmehrheit acht Büchereien vor der Schließung gerettet hat, aber da war das Bürgerbegehren schon gestartet.

22 Bibliotheken bleiben erhalten

Die Büchereien ganz aus allen Sparkonzepten heraus zu nehmen, bedeutet, andere Einrichtungen noch stärker zu belasten. Weitere 700.000 Euro jährlich würde der Weiterbetrieb der beiden Büchereien die Stadt jährlich kosten, wenn das „Bücherbegehren“ Erfolg hat - nicht eingerechnet die Kosten, die durch Wiederöffnung und Neuanmietung von Räumen entstehen. Kammerspiele, Volkstheater, Philharmoniker oder freie Kunstprojekte müssten diese Kosten dann auffangen. Hinzu kommt, dass die beiden zur Schließung anstehenden Bibliotheken für ein flächendeckendes Angebot in der Stadt nicht unabdingbar sind. Die Sollner Bücherei ist ohnehin ziemlich klein und nur ca. 2 Kilometer vom Bürgerzentrum Forstenried entfernt, wo es seit einiger Zeit eine große städtische Bücherei gibt, die auch gut ans ÖPNV-

Netz angeschlossen ist.

Eine gute Ausweichmöglichkeit gibt es auch in der Au: Der Gasteig mit seiner riesigen Bibliothek ist nur ca. 1 Kilometer entfernt. Freilich, die Bücherei direkt vor der Haustür ist komfortabler und besser – aber ein flächendeckendes öffentliches Angebot an Büchern wird es in München auch weiterhin geben. Immerhin bleiben nach der Zusammenlegung der Standorte Giesing und Obergiesing, Harthof und Hasenberg sowie Neuhausen und Nymphenburg noch 22 städtische Büchereien in Betrieb – nicht eingerechnet die Monacensia, die Juristische Bibliothek, die sozialen Bibliotheksdienste in Altenheimen und Krankenhäusern sowie die Bücherbusse

106 Millionen für das Deutsche Theater?

Ganz andere Summen stehen beim Deutschen Theater zur Debatte. Es wäre nicht gefährdet, wenn es nur um den jährlichen Betriebskostenzuschuss in Höhe von ca. 2,1 Millionen Euro ginge. Den will niemand streichen oder über Gebühr kürzen - alleine schon deshalb, weil das Deutsche Theater das städtische Theater mit den höchsten Auslastungszahlen und den niedrigsten Zuschüssen ist. Die Gefährdung des Deutschen Theaters ist also zunächst keine Frage des laufenden Haushalts.

Doch die Experten des Baureferates haben dem über 100 Jahre alten denkmalgeschützten Bau bescheinigt, durch und durch marode zu sein und die Kosten für die notwendige Generalsanierung auf 106,9 Mio Euro beziffert. Rechnet man die Gebäude hinzu, die zwar zum Komplex „Deutsches Theater“ gehören, aber nicht zur Sanierungssumme für das Theatergebäude gerechnet werden dürfen, er-

höht sich die Summe für die gesamte Sanierung auf 138,4 Millionen Euro. Dieses Geld hat die Stadt auf absehbare Zeit nicht, und daher scheint es auf den ersten Blick auch wenig Sinn zu haben, die 2,5 Mio Euro zu investieren, die auf jeden Fall notwendig sind um mindestens bis 2005 den Spielbetrieb aufrecht zu erhalten – ohne Garantie, dass nicht noch Schäden in der Statik festgestellt werden, die dann doch kurzfristig zur Schließung führen. In der Regel werden die Berechnungen der Ingenieure im Baureferat nicht in Zweifel gezogen. Allenfalls rechnet man stillschweigend noch ein paar Prozent zu den prognostizierten Baukosten hinzu, solche Steigerungen gelten bei öffentlichen Bauprojekten im gewissen Umfang als normal. Doch die 140 Millionen fürs Deutsche Theater werden angezweifelt – die Initiatoren des Bürgerbegehrens „Rettet das Deutsche Theater“ glauben, dass der Bau auch mit geringerem Aufwand Zug um Zug saniert werden kann.

Geht das nicht billiger?

Etliche der festgestellten Schäden, so die Argumentation, bestünden schon seit langer Zeit, ohne dass die Sicherheit des Gebäudes ernsthaft beeinträchtigt sei. Das Baureferat sei von extrem pessimistischen Annahmen ausgegangen, um eine Kostenexplosion wie bei der Renovierung der Kammerspiele von vorne herein auszuschließen, wo die Baukosten wegen der maroden Bausubstanz auf das zweieinhalbfache der geplanten Summe schnellten. Die Kritik an diesem Desaster dürfte Baureferat Horst Haffner noch in guter Erinnerung sein – und da gehe er lieber ganz auf Nummer sicher.

Es ist eine durchaus plausible Annahme, dass die Stadt die Sanierungskosten noch einmal neu – und günstiger – berechnet, wenn das Bürgerbegehren Erfolg hat. Dann nämlich muss die Stadt für die Fortführung des Deutschen Theaters am bisherigen Standort“ „umgehend alle zwingend erforderlichen Maßnahmen durchführen sowie die dazu notwendigen Mittel bereitstellen.“ Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit fänden sich dann Mittel und Wege, das Theater kostengünstiger zu finanzieren – trotzdem birgt das



Seit über 100 Jahren in der Schwanthalerstraße - aber wie lange noch?

Bürgerbegehren natürlich ein hohes finanzielles Risiko für die Stadt.

Eine Münchner Institution

Aber ist der Betrieb eines Theaters, das sich vornehmlich der sogenannten leichten Muse verschrieben hat, in dem regelmäßig Faschings- und andere Bälle stattfinden, überhaupt eine Aufgabe der öffentlichen Hand?

Das Deutsche Theater ist eine Münchner Institution seit 1896. Als Kabarett, Musical- und Revuebühne ist es von diesem Standort nicht wegzudenken. Nach dem Abriss des Mathäuser würde ein zweiter historisch nicht zu ersetzender Ort der Abrissbirne zum Opfer fallen. Das Deutsche Theater ist auch eine „Einstiegsbühne“ für andere Theater. Wer sonst nicht ins Theater geht, aber im Deutschen Theater festgestellt hat, dass Theater nicht nur bedrückende Abende und unerquickliche Monologe zu bieten hat, geht vielleicht auch mal in andere Häuser. Und nicht zu vergessen: In der Revolution in München 1918/19 war der Gesamtkomplex meh-

rere Monate vom Arbeiter- und Soldatenrat angemietet um die Revolution von hier aus voranzutreiben.

Der OB drückt aufs Tempo

Der Oberbürgermeister drückt bei der Entscheidung über das Deutsche Theater aufs Tempo. Im April konnte der Stadtrat ein „Todesurteil“ noch verhindern und beschloss eine Vertagung bis in den Juli. Entscheidend wird nun sein, dass kurzfristig die zum Weiterbetrieb benötigten 2,5 Mio Euro aufgetrieben werden. Dazu könnten die Initiatoren des Bürgerbegehrens (zu den Vertretern gehören Ex-Messe-Chef Demisch, Ex-Bürgermeister Zehetmeier, Amelie Fried, Michaela May und Peter Horton) mit ihren Möglichkeiten und Kontakten vielleicht auch einen Beitrag leisten. Vorschläge, wie die Summe wenigstens kofinanziert werden könnten, haben die Grünen in einem Schreiben an die Initiatoren und an den Chef des Deutschen Theaters, Heiko Plapperer-Lüthgarth gemacht: Z.B. einen befristeten Aufschlag auf die Eintritts-

preise – ein Sonderopfer, die Einrichtung einer 0190-Rettungs-Hotline oder eine Benefizgala.

Derartige konkrete Beiträge zum Erhalt des Deutschen Theaters würden dem Stadtrat mindestens ebenso sehr wie ein Bürgerbegehren signalisieren, dass den Münchnerinnen und Münchnern der Erhalt des Deutschen Theaters am Herzen liegt und dafür alle an einem Strang ziehen wollen.

Und im Hinblick auf die Geldsorgen der Stadt, die in den nächsten Jahren kaum kleiner werden, ist die Kofinanzierung kultureller Einrichtungen durch private Geldgeber – durchaus auch mit einem geschäftlichen Interesse – vermutlich der einzige Weg, um manche Institution zu erhalten.

Dagegen kann auch das bestgemeinte und sympathischste Bürgerbegehren kein Geld vermehren. Wenn die Münchner einem Bürgerbegehren zustimmen, wird der Stadtrat dies auch nach Recht und Gesetz umsetzen. Es muss nur jedem klar sein: Diese Entscheidung geht zu Lasten Dritter.

Siegfried Benker

BÜRGER BAUEN BILLIGER

Baugemeinschaften sind im Kommen

München hat, genau wie viele andere deutsche Städte, ein Problem: Familien mit Kindern und Haushalte mit mittlerem Einkommen kehren der Stadt den Rücken.

Sie siedeln sich am Stadtrand oder gleich auf dem Land an – wenn auch meist nicht ganz freiwillig. Denn Familien haben kaum eine Chance, in der Stadt eine Wohnung oder gar ein Haus zu kaufen oder zu bauen – die Immobilienpreise sind viel zu hoch. Doch eine Stadt ohne Familien ist öde. Deshalb muss die Wohnungsbaupolitik der Landeshauptstadt vor allem Familien mit Kindern unterstützen, sie möglichst in München halten und ihnen deshalb den Weg zu selbstgenutztem Wohneigentum ebnen.

Dass das möglich ist, haben andere Städte bereits vorgemacht. Freiburg und Tübingen zum Beispiel sind neue Wege gegangen und haben sogenann-

te Baugemeinschaften gefördert: Das sind Menschen, die sich als Bauherren zu einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts zusammenschließen. Gemeinsam kaufen sie ein Grundstück, beplanen es und beauftragen die Baufirmen. Falls nötig holen sie sich fachlichen Beistand von Architekten oder Dienstleistungsunternehmen.

Gemeinsam bauen ist billiger

Die Vorteile solcher Baugemeinschaften liegen auf der Hand. Jeder einzelne Bauherr zahlt deutlich weniger als wenn er allein bauen würde; zudem entfallen die Kosten für Händler, Makler und Bauträger. Insgesamt, schätzt man, sind die Gesamtbaukosten 20 bis 30 Prozent geringer – das macht dieses Modell auch für Haushalte mit mittlerem Einkommen attraktiv. Ein weiterer Vorteil: Die künftigen Besitzer können sich ihre

Wohnungen nach ihren Vorstellungen „maßschneidern“ lassen. Einigen muss man sich nicht mit einem Bauträger, sondern mit den künftigen Nachbarn. In Freiburg sollte nach dem Abzug der französischen Armee auf dem brachliegenden Militärgelände ein neues Viertel, das Quartier Vauban, entstehen. Weil Freiburg, genau wie München, unter dem Wegzug junger Familien litt, wurde über die Hälfte des Geländes Baugemeinschaften zur Verfügung gestellt – in der Hoffnung, auch Haushalte mit niedrigerem und mittlerem Einkommen würden den Schritt zu eigenem Wohneigentum wagen.

Die Resonanz war gewaltig. Hunderte von Familien schlossen sich zu Baugemeinschaften zusammen und bewarben sich um Grundstücke. Die lokale Bauwirtschaft erlebte, ganz gegen den bundesweiten Trend, einen deutlichen Aufschwung.

Inzwischen ist das Quartier Vauban fast fertiggestellt. Was Bauen in Bauge-

meinschaften bewirkt, kann man hier mit eigenen Augen sehen. Entstanden ist ein lebendiges und abwechslungsreiches Wohnquartier - bunt, lustig, quirlig. Mit unterschiedlichen Hausfassaden in allen Farben des Regenbogens, mit Spielstraßen, Grünanlagen und üppig bepflanzten Vorgärten. Ein Viertel der kurzen Wege, wo man wohnen, arbeiten, einkaufen und Kinder unterbringen kann. Durch die Baugemeinschaften gab es von Anfang an eine gut funktionierende Nachbarschaft. Ein gemeinsames Bürgerhaus ist in Arbeit. Und, wichtig für die Stadtplanungspolitik: der neue Stadtteil hat die höchste Dichte an Familien und Kindern in der ganzen Stadt.

Mit UNO-Prädikat

Wegen der zukunftsweisenden Gestaltung wurde das Quartier Vauban sogar von der UNO als Modellstadtteil – modellhaft für die Zukunft des urbanen Wohnens – ausgezeichnet.

Moderne Stadtplanung, das zeigt das Beispiel Freiburgs, muss also ausgetretene Pfade verlassen und Neues wagen. In München werden hierzu erste Ansätze sichtbar. So gibt es in der Messestadt Riem, am Ackermannbogen in



Passivhäuser in Freiburg-Vauban

Schwabing und auf der Theresienhöhe erfolgreich erste Baugemeinschaftsprojekte mit insgesamt über 150 Wohneinheiten. Das kann aber nur ein Anfang sein. Weitere Baugruppen müssen folgen. Denn die Bildung von Baugemeinschaften hat sich zu einer echten Alternative gegenüber dem traditionellen Eigentumserwerb vom Bauträger entwickelt – und die Politik sollte dem Rechnung tragen.

Deshalb sollte sich die Landeshauptstadt München der aktiven Förderpolitik anderer deutscher Städte anschlie-

ßen. Sie sollte städtische Grundstücke ohne Nachteile für den Haushalt bevorzugt an Baugemeinschaften verkaufen und prüfen, ob Baugemeinschaften bei der Gestaltung neuer Bebauungspläne bevorzugt werden könnten.

Nur so, indem die Politik neue Wege beschreitet, finden Familien und Haushalte mit mittlerem Einkommen wieder den Weg zurück – zurück in eine Stadt, die Lebensqualität für alle bietet.

Jens Mühlhaus

SPORT ALS MITTEL ZUR INTEGRATION

Frauen und Männer, Deutsche und Migranten, Junge und Alte - der Sport kann Menschen zusammen bringen. Eigentlich ein ideales Terrain, um gegenseitige Vorurteile abzubauen.

Allerdings liegt der Prozentsatz der Migranten in den Vereinen des Deutschen Sportbundes bei unter 1%, während ihr Anteil an der Wohnbevölkerung etwa 9% beträgt.

In München gibt es eine ganze Reihe von Projekten, die auf Sport als Mittel zur Integration setzen:

Zum Beispiel „Basketball um Mitternacht“, ein seit drei Jahren bestehendes Angebot der Münchner Jugendarbeit mit derzeit acht Projekten in unterschiedlichen Stadtbezirken. Es ist als gewaltpräventive Maßnahme mit integrativen Charakter angelegt und soll vor allem sozial randständige und auch gewaltbereite Jugendliche „von der

Straße holen.“ Innerhalb der Einzelprojekte werden viele Jugendlichen mit Migrationshintergrund erreicht.

Ein weiteres Projekt ist „Bunt kickt gut“, veranstaltet von der Initiativgruppe e.V. in Kooperation mit dem Wohnungs – und Flüchtlingsamt. Seit 5 Jahren existiert diese Straßenfußball-Liga für Kinder und Jugendliche verschiedener Altersgruppen und Herkunft. Knapp ein Drittel der Mannschaften kommt aus Flüchtlings- und Notunterkünften, der Rest sind unbetreute Straßenmannschaften sowie Teams aus Freizeiteinrichtungen, Tagestätten etc. „Bunt kickt gut“ wurde für seinen engagierten Einsatz gegen Fremdenfeindlichkeit im August letzten Jahres von Bundespräsident Rau als Preisträger im Wettbewerb „Integration von Zuwanderer“ ausgezeichnet.

Auch andere Projekte wie z.B. „Sport mit Aussiedlern“ des BLSV oder Projekte der „sportbezogenen Jugendsozialarbeit“ der Münchner Sportjugend

arbeiten mit gutem Erfolg – allerdings mit einem schwer wiegenden Defizit: Die Akzeptanz bei zugewanderten Mädchen und jungen Frauen ist eher gering.

Der Zugang zum Sport ist für Migrantinnen ein großes noch nicht gelöstes Problem. Gerade für muslimische Frauen sind die Sozialisationsbarrieren am höchsten. Dies bestätigt eine 3-Jahres-Studie aus Nordrhein-Westfalen.

Diese Untersuchung zeigt, dass Angebotsdefizite sowie unzureichende Rahmenbedingungen für die Sportdistanz ausländischer Mädchen offensichtlich entscheidender sind als religiöse, kulturelle oder soziale Faktoren. Das soziale Umfeld und damit verbundene familiäre Pflichten, sowie mangelndes Wissen über spezifische Angebote werden als weitere Ursachen für die sportliche Zurückhaltung von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund genannt. Dazu kommt ein spürbares Misstrauen insbesondere muslimischer

Männer gegenüber Sportangeboten deutscher Vereine für Migrantinnen, das die Zurückhaltung der Frauen zusätzlich noch fördert.

Ein großer von den Veranstaltern unerwarteter Erfolg ist der Frauenbadetag, der seit ein paar Monaten am Heinrich-Heine-Gymnasium in Zusammenarbeit mit dem Sportverein Neuperlach statt findet. Der Andrang muslimischer Frauen ist so groß, dass in Schichten gebadet werden muss. Damit ist ein erster Schritt in München gelungen. Wichtig ist, dass Ressourcen bereit gestellt werden damit diese und ähnliche Initiativen in weiteren Angeboten und Stadtteilen aufgehen.

Mit dem Jahresprogramm „girls in motion – Sportangebote zum Kennen lernen“ wird dem Wunsch vieler Mädchen und junger Frauen Rechnung getragen, Sportarten erst einmal auszu-

probieren. Leider offenbart die Statistik aber auch, dass muslimische Mädchen die Angebote kaum wahrnehmen. Erste Priorität muss das Ziel haben, den Prozentsatz der Sport treibenden Migrantinnen und insbesondere der Migrantinnen kaum zu erhöhen. Das zweite Ziel muss das gemeinsame Sporttreiben der Einheimischen und der Migrantinnen sein. Ob das in einem deutschen Sportverein oder in einem von Migrantinnen gegründeten Verein stattfindet, ist sekundär. Die gemeinsame Freizeitgestaltung im Rahmen des Sports kann neue Perspektiven für das Zusammenleben eröffnen. Damit wird deutlich, dass der Sport ein geeignetes Mittel für eine offene vorurteilsfreie Begegnung sein kann.

Tassia Fouki

SPD verabschiedet sich von der U5 nach Pasing

Die Mamba berichtete in der letzten Ausgabe über die kostspieligen Pläne von OB Ude und der SPD zur Verlängerung der U5 nach Pasing - „die U-Bahn parallel zur S-Bahn.“ Zur freudigen Überraschung der Grünen hat sich die SPD auf einer Klausur-Tagung Anfang April jedoch darauf verständigt, die Pläne zumindest vorerst fallen zu lassen.

„Eine U-Bahn-Verlängerung bis zum Pasinger Bahnhof bleibt wünschenswert, ist aber gegenwärtig nicht finanzierbar“ heißt es in dem SPD-Beschluss.

GRÜNE ANLAUFSTELLEN:

Stadtratsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen - rosa liste

Tel.: (089) 233 92 620

Fax: 089 233 92 684

presse@gruene-muenchen-stadtrat.de

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Fraktionsvorsitzende:

Siegfried Benker

Sabine Krieger

Grünes Stadtbüro:

(täglich von 15-18 Uhr)

Sendlingerstr. 47, 80331 München

Tel.: 201 44 88

Fax: 202 18 14

stadtbuero@gruene.m.uunet.de

www.gruenemuenchen.de

Mitarbeiterinnen:

Annette Louis

Liane Rohen

Petra Tuttas

Stadtvorsitzende:

Anja Högl

die-hoegls-daheim@gmx.de

Dr. Florian Roth

DrFlorianRoth@aol.com

Büro 3. Bürgermeister

Hep Monatzeder

Tel. 233 92 482

Büroleitung:

Stefan Scholer

www.hep-monatzeder.de

Grüne Jugend München:

Tel.: 089-21159720

Florian Vogel

Elena Schmidt

info@gjm.de

www.gjm.de

TERMINE:

- 12. Juli
 Samstag, 14-16.30 Uhr Prima Klima:
 Stürme, Fluten, Katastrophen!?
 Mit Jürgen Trittin
 u.a. Kongresshalle Alte Messe,
 Theresienhöhe.
- 14. Juli., 19 Uhr
 Kreisversammlung im Zunft-
 haus, Thalkirchner Str. 76
- 17. September:
 Abschlusskundgebung zum
 Landtagswahlkampf mit Joschka
 Fischer und Margarete Bause

Impressum

Inhaber und Verleger:
 Stadtratsfraktion
 Bündnis 90/Die Grünen-
 rosa liste
 Marienplatz 8
 80331 München

Redaktion:

Markus Viellvoye (verantwortl.) Stefan
 Scholer, Alexandra Weiß, Tassia Fouki,
 Sabine Beck.

Die Zeitung ist für Mitglieder der Münchner
 Grünen kostenlos.

Der Bezug im Jahresabo kostet derzeit 9
 Euro, Einzelpreis 1, 50 Euro.

Druck:

Ulenspiegel Druck und Verlag
 Besengaßl 4
 82346 Andechs

Konzeption: Bernd Haak
 Titellogo: Barbara Rueff